



Commerzbank Hauptversammlung: Geplatzte Fusion Chance sich von Deutscher Bank abzusetzen

- **Trotz Richtlinie keine Skrupel bei Finanzierung von Kriegslieferanten**
- **Menschenrechtler aus dem Jemen fordert schärfere Standards**
- **Geschäfte mit BAE Systems und Rheinmetall zeigen ethische Untiefen**

Wiesbaden, 22.5.2019 Nachdem die Fusion mit der Deutschen Bank geplatzt ist, sollte der Vorstand der Commerzbank sich durch eine ethischere Ausrichtung seiner Geschäfte vom großen Konkurrenten absetzen. Das fordern Vertreter*innen verschiedener NGOs auf der heutigen Hauptversammlung. Auch Ali Jameel von der jemenitischen NGO Mwatana wird auf der Hauptversammlung sprechen. Er lebt in Sanaa und ist vom Jemen-Krieg betroffen. Seit der Eskalation des bewaffneten Konflikts im März 2015 versucht seine Organisation in akribischer Recherche die verantwortlichen Waffenlieferanten zu identifizieren. Von der Commerzbank fordert er den sofortigen Stopp der Finanzierung von Unternehmen, die Rüstungsgüter an die im Jemen kriegführenden Staaten liefern.

Jameel sagt: „Das unvorstellbare menschliche Leid im Jemen-Krieg muss ein Ende haben. Deutsche Geldgeber wie die Commerzbank müssen Verantwortung übernehmen und Rüstungskonzernen, die diesen Krieg beliefern, die Finanzierung verweigern. Sie sollten sich nicht an Kriegsverbrechen im Jemen beteiligen.“

2008 hat die Commerzbank eine Rüstungsrichtlinie beschlossen, weiterhin fördert sie allerdings Unternehmen wie Rheinmetall oder BAE Systems mit Krediten. Beide Konzerne versorgen den Krieg im Jemen mit Rüstungsgütern und Munition, bei dem völkerrechtliche Standards und Menschenrechte schwer verletzt werden. Nach Schätzungen der Nicht-Regierungskoalition Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) wurden bereits über 60.000 Menschen durch den Krieg getötet, mehr als 18.000 davon Zivilist*innen. Der Krieg ist laut Vereinten Nationen die derzeit größte humanitäre Katastrophe der Welt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Bank einen weiteren Kredit an BAE Systems vergeben. Der Rüstungshersteller hat im Zeitraum 2009 bis 2017 insgesamt 72 Eurofighter an Saudi-Arabien geliefert, die erwiesenermaßen im Jemen-Krieg zum Einsatz kommen und dort für entsetzliches Leid sorgen. Verträge für weitere 48 Kampfflugzeuge liegen bei BAE Systems schon in der Schublade. Commerzbank-Analysten empfehlen zudem weiterhin den Kauf von Rheinmetall-Aktien – wohlwissend, dass der Konzern in den letzten Jahren sogar schlüsselfertige Munitionsfabriken an Kriegsparteien im Jemen-Krieg geliefert hat.

„Welche, wenn nicht solche Geschäfte sollte eine Rüstungsrichtlinie verhindern? Die Commerzbank muss die eigenen menschenrechtlichen Standards dringend an die Realität des Jahres 2019 anpassen und die großen Hintertüren in den eigenen Standards schließen“, fordert Barbara Happe, Rüstungs-Campaignerin bei urgewald.

Weitere Informationen:

Broschüre „Dirty Profits – Unser Geld für Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete“ (Juli 2018): <http://ow.ly/xtc530oKWXP>

Kontakt:

Moritz Schröder-Therre, urgewald-Pressesprecher: 0176/64079965, moritz@urgewald.org